

Baumaterial
 sofort beschaffbar
 Anfragen an:
Ambi Abt. II K.
 Charlottenburg 9.

Diese an sich so harmlose Unruhe deutete sich Graf auf die qualendste Weise. Ich denke doch, es war so ausgemacht. Henning leider all die Zeit so wenig geschrieben, nur zu einer Karte mit wenigen Worten. Aber ich jeden Tag die Anmeldung seines Kommens. Die nakte, im Gedanken schon wieder bei der unbeschwerten Schwester. Ja, ja, er wird gewiß bald kommen, er hat versprochen", sagte sie zusehender. Er konnte es nicht mehr ertragen, so ruhig in erregtes Gesicht zu blicken und entfernte sich mit einer hastigen Entschuldigung.

Politische Rundschau.

Die Rheinlande bis 1920 besetzt.
 Im Unterhaus erklärte Churchill bezüglich der Annahme wegen Bewilligung von 2 1/2 Millionen für das Heer, daß der Anforderung infolge der politischen ungelärten Verhältnisse stattgegeben werden müsse. Die Ostpreussensarmee am Rhein dürfte Ende 1920 aufrechtzuerhalten sein. In naher Zukunft werde der Rat der Verbündeten auf beschleunigte Lösung der Bedingungen seitens Deutschlands eingehen.

Deutschland hungere
 Bei dem sozialen und nationalen Zusammenbrüche liegt die Ursache nahe. Dies sei die Zeit für die Freiebewegung, die Deutschland annehmen und durchführen müsse. Falls es veräußert würde, hätte niemand mehr, mit dem Frieden abzuschließen. Nach Unterzeichnung des Friedens durch Deutschland könnten Nahrungsmittel und Rohprodukte sofort geliefert werden. Es müsse jedem widerstreben, die die des Hungers auch nur einen Augenblick länger erdulden, als nötig sei, um die Bedingungen zu erfüllen, für welche die Alliierten kämpften.

Wilson's Schwierigkeiten.
 Der amerikanische Kongress hat sich vertagt, nach der Obstruktion der Republikaner im Senat die Annahme einer Reihe wichtiger Maßnahmen noch vor der Tagung verhindert hatte. Lodge brachte im Namen von 38 Senatoren den Antrag ein, daß der Senat den Völkerbundplan nicht annehme. Gegen die Abstimmung wurde Widerspruch erhoben und die Session ohne Abstimmung geschlossen. Die Erklärung Lodge's ist aber festgestellt, daß erforderliche Zweidrittel-Mehrheit für den Abschluß Friedensvertrages nicht vorhanden ist.

der Stilllegung der großen Berliner Annoncenblätter
 den Streit der Rotationsmaschinenmeister bestimmte sich am Dienstag eine Besammlung der streikenden Buchdrucker in Berlin. Man nahm Kenntnis, daß die Forderungen der Streiker den Kopf ihrer Gewerkschaft hinweg gestellt sind, daß ferner das paritätische Tarifschiedsgericht die Sache zugunsten der Prinzipale entschieden hat, und gab seiner lebhaften Entrüstung Ausdruck über diesen Tarifbruch einer kleinen Gruppe aus Arbeiterschaft, die unter Ausnutzung der Not der Druckerien für sich Sondervorrechte — aber 12 Mark Wochenlohn pro Mann — zu erzwingen.

Für das Räteystem in Braunschweig.
 Bei der Urabstimmung der organisierten Arbeiterschaft der Stadt Braunschweig in der Frage des Räteystems wurden 3841 für sofortige und 3013 Stimmen für spätere Einführung des Räteystems in Braunschweig abgegeben. 116 Stimmen waren unbenutzt.
 Die Stimmziffern beweisen, daß nur ein kleiner Teil der Braunschweiger Arbeiterschaft abgemittelt hat.
Die Regelung der Regierungsgewalt in Bayern.
 Die Regierungsgewalt liegt einstweilen noch beim Ratrat und ist zusammengesetzt aus Vertretern der drei sozialistischen Parteien, der freien Gewerkschaften sowie des Landesarbeiters, Soldaten- und Reservates. Von den früheren Ministern führen 4 Namen nicht genannt werden, die Geschäfte erledigen. Es sollen Frauendorfer, Jaffe, Unterleitner wahrscheinlich Kultusminister Hoffmann sein. Die Regierung wartet andauernd vor sensationellen Entschlüssen der zahlreichen in München weilenden Reichstatter.

Lebensmittelmangel in Mainz.
 Der Ernährungszustand ist in Mainz auf einen Punkt angekommen, daß das Minimum bei weitem erreicht ist. Vor allem geht die Versorgung mit Milch und Fett einem katastrophalen Zustand entgegen. Am Hinblick darauf hat General Mangin eingegriffen der französischen Behörden angefallen, wenn die Pflichtablieferungen sich nicht heben, den Kommunalverband zur Anwendung aller Mittel aufzufordern.

Deutschlands Not und die Entente.

Eine erste Warnung.
 Die „Deutsche Allg. Ztg.“ veröffentlicht in Speyer, also in der Form der Regierungsaussagen, eine Warnung:
 Die deutsche Reichsregierung kennt den Ernst der gegenwärtigen Lage. Aber sie verkennt auch die Gründe, die diese Lage herbeigeführt haben und sie fortwährend verschärfen. Das deutsche Volk ist von Natur zu wilden Streiks und Unruhen veranlagt. Aber das Volk, das, Jahre hindurch kämpfend, Unendliches erduldet und geopfert hat, und trotz aller Leistungen beschlagen steht, ein Volk, das den Frieden gesucht und trotz des Waffenstillstandes sich mit den

Waffen der Hungerblöde und immer neuer entehrender Bedingungen bekämpft sieht, — ein solches Volk wird im Innern krank.

Die gegenwärtigen Unruhen, der Terror und die alltäglichen Verbrechen sind Krankheiten des sozialen Körpers, denen er nicht zu widerstehen vermochte, weil er durch Entbehrungen und Blutverlust geschwächt war. Das deutsche Volk wird nur genesen, wenn man ihm Rohstoffe gibt, damit es arbeiten kann, und Nahrungsmittel, damit es leben kann.

Beides verweigern uns die Feinde. Der tiefste Grund der gegenwärtigen Krise und der verwerflichen Handlungen, die hier geschehen, liegt in ihrem Verhalten. Sie sollten angesichts dieser Ereignisse bedenken, daß es gegen Völkerrecht und Menschlichkeit ist, einen gesallenen Gegner hilflos am Boden liegen zu lassen. Sie sollten aber auch bedenken: je schwächer Deutschland wird, um so mehr wird seine Widerstandskraft gegen den Bolschewismus geschwächt.

Je schärfer sie im Westen die Schraube anziehen, um so offener wird der Osten für das Eindringen bolschewistischer Ideen. Kommt aber der Bolschewismus, so macht er nicht an unseren Grenzen halt. Der Bolschewismus ist eine Krankheit, aber eine ansteckende Krankheit. Und es ist gefährlich, Nachbar eines Hauses zu sein, in dem die Pest ist. Dies geben wir unseren Feinden zu bedenken, bevor sie über den neuen Waffenstillstand beschließen.

Aus der Waffenstillstands-Kommission.

Am den in steter Zunahme begriffenen alliierten und interalliierten Kommissionen in Berlin einen sicheren Fernsprech- und Telegraphenverkehr mit Frankreich zu gewährleisten, schlug Rubant der deutschen Kommission in Auftrage Hochs vor, verschiedene Telefon- und Telegraphenleitungen in Deutschland, sowie internationale Anschlüsse wiederherzustellen, die vor dem Kriege bestanden haben. Die Leitungen, welche unabhängig von den deutschen Verbindungen sein würden, sollen nur von einem Personal bedient werden, das den alliierten Regierungen untersteht.

Der Vertreter der deutschen Regierung richtete an die Alliierten das schriftliche Ersuchen, die **Einfuhr von Fischen**

aus den neutralen Ländern nach Deutschland freizugeben, die zurzeit nur in beschränktem Maße zugelassen ist. In dem Schriftstück wird insbesondere darauf hingewiesen, daß eine erhöhte Fischzufuhr vor allem aus Holland den besetzten Gebieten Deutschlands zugute käme, und daß Norwegen infolge guter Fänge Deutschland weit über das bisherige Maß hinaus mit Seringen beliefern könnte, die dort zum Teil nur dem Verderben ausgefetzt seien.

Der amerikanische Vertreter setzte die deutsche Kommission in Kenntnis, daß den in amerikanischen Händen befindlichen **deutschen Kriegsgefangenen**

Erleichterungen im Postverkehr zugestanden worden sind. Die Zahl der Briefe und Karten, welche die Gefangenen absenden dürfen, sind nach seiner Mitteilung nicht mehr beschränkt. Die Gefangenen sollen alles verfügbare Briefpapier unterschiedslos gebrauchen können. Es soll ihnen ferner gestattet sein, der Heimat ihren Aufenthaltsort und die Art ihrer Beschäftigung mitzuteilen.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

Auslandstreiks.

Bewegung der französischen Bergarbeiter.
 Laut „Humanite“ beschloß ein Kongress der Bergleute im Pas de Calais, den Achtstundentag und eine fünfprozentige Lohnerhöhung zu verlangen. Die Bergarbeiter wollen sich mit den Eisenbahnern von Frankreich, den Bergleuten von Mittel- und Nordfrankreich und den englischen Arbeitern zusammenschließen, um eine gemeinsame Bewegung zu schaffen, falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden.

Streik der New Yorker Hafnarbeiter.
 Der Streik von 16 000 New Yorker Hafnarbeitern, der im Januar auf Wilson's telegraphisches Ersuchen hin eingestellt wurde, ist anscheinend wieder ausgebrochen. Die Schifffahrt ruht so gut wie völlig. Die Streikenden verlangen Lohnverbesserungen von durchschnittlich dreißig Prozent und den achtstündigen Arbeitstag.

Die Schweiz gegen Soldatenräte.
 Eine Verordnung des Bundesrats gegen Befähigung der militärischen Ordnung verbietet laut Schweizerischer Depeschagentur Vereinigungen und Organisationen von Soldatenräten, Soldatenbänden u. dergl., deren Zweck oder Tätigkeit darauf gerichtet ist, die militärische Disziplin zu untergraben. Für Nebertretung ist Gefängnis bis zu zwei Jahren vorgesehen.

Die Nationalversammlung.

Am Regierungstisch: Scheidemann, Erzberger, Landsberg.
 Eingegangen ist der Entwurf eines Sozialversicherungsgezetzes und ein Gesetzentwurf betreffend Regelung der Kohlenwirtschaft. Die Interpellation Arnstadt betreffend Wiederaufbau der während des Krieges stillgelegten oder geschwächten Betriebe wird abgesetzt, nachdem Ministerpräsident Scheidemann erklärt hat, daß die Regierung die Interpellation später beantworten wird.

Es folgt die Interpellation Arnstadt betreffend **die Zustände in der Provinz Posen.**

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Frau Abg. Dr. Schirmacher (Dtnal. Sp.): Die Begründung der Interpellation liegt in der Not und Gefahr der Ostmark, diese Not der Ostmark ist sogar noch größer als die der Westmarken, denn in den Ostmarken ist heute noch Krieg, die Polen haben trotz des Waffenstillstandes die Feindseligkeiten nicht eingestellt. Dieses Waffenstillstandsabkommen zog eine Demarkationslinie auf deutschem Boden, die wir als eine Schmach empfinden.

Diese Demarkationslinie ist schlecht gezogen, denn sie hat deutsche, in deutscher Hand befindliche Ortschaften mit einbezogen. Außerdem aber wird sie von den Polen nicht einmal beachtet. Nach dem Wortlaut des Abkommens sind die deutschen Truppen verpflichtet, ihre Offensivbewegungen gegen die Polen einzustellen, für die Polen besteht eine solche Bindung nicht. Die Deutschen sind durch das Abkommen auf die Abwehr beschränkt, den Polen aber ist der Angriff erlaubt. Unser Volk will verteidigt sein von unserer Regierung. (Beifall rechts.) Zehntausende sind aus dem Kampfgebiet geflüchtet, Ihre ganze Habe haben sie zurücklassen müssen. In den von den Polen besetzten Gebieten besteht keine deutsche Verwaltung mehr. Die deutschen Hoheitszeichen sind entfernt, deutsche Straßennamen und Wegweiser werden polnisch gemacht. Und dann beginnt jetzt **eine Rückwanderung der im Westen**

befindlichen polnischen Bevölkerung, die man vor dem Kriege auf ungefähr 200 000 schätzte. Diese zurückkehren jetzt in die Ostmark zurück, um das polnische Element zu verhärtet und bei einer Abstimung beweisen zu können, wie stark polnisch Posen ist. Hunderte von Wehrkräften werden zum 1. April geländigt. Dabei flukt die Angeberei in den Gebieten, die jenseits der Demarkationslinie liegen.

Die Gerichte sind einseitig mit Polen besetzt und parteiisch, daraus ergibt sich eine völlige Rechtslosigkeit der Deutschen. Die Aushebung zum polnischen Heer erstreckt sich auch auf Deutsche, man zwingt unsere Volksgenossen so zum Landesverrat. Die Deutschen werden zur Flucht getrieben und den Geflohenen wird alles geraubt, der Vater der deutschen Ansiedler enteignet.

Die deutschen Weiseln
 sind noch nicht zurückgegeben. Alle Deutschen sollen von ihrem Einkommen 50 Prozent Steuern für die Ausrüstung des polnischen Heeres zahlen. Die Lebensmittel werden den Deutschen genommen und nach Kongresspolen ausgeführt. Soll dieses Posener Frauenpiel auch auf Westpreußen abgetragen? Die Polen haben erklärt: wir hatten Achtung vor dem alten Deutschland mit seiner starken Militärarmut, seit wir aber gesehen haben, daß tausend Matrosen im Sande waren, die alte Regierung über den Haufen zu werfen, haben wir keine Achtung mehr. (Sehr richtig! rechts. — Unruhe links.) Die Polen haben in Westpreußen polnische Arbeiter- und Soldatenräte gegründet, die mit den Spartakisten in Verbindung stehen. Ich frage die Regierung: was ist sie gewillt zu tun und fähig? (Beifall.)

Reichsminister Erzberger: Es ist mit General Dupont verabredet, daß nicht allein die Feindseligkeiten aufhören sollen, sondern daß Offiziere beider Parteien, für die deutsche Heeresverwaltung deutsche Offiziere, abgehandelt werden, um Verlegungen der Demarkationslinie zu verhindern. Die Durchführung des Schutzes der deutschen Bewohner innerhalb der Demarkationslinie ist Gegenstand der besonderen Beachtung der Waffenstillstandskommission General Dupont hat sich verpflichtet, bei den Alliierten dafür einzutreten, und Verhandlungen über die Einzelheiten dieser Frage finden heute in Bromberg statt.

Einen Schmiedegesellen
 sucht
 Jul. Müller,
 R. in Holdobain.

Wädchen
 Kräftiger
 wird in Landwirtschaft gel.
 Ripsdorf Nr. 10.

Schützenuniform
 zu kaufen gesucht. Gest. Off.
 unter H. N. an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gänse-Brut-Eier
 zu verkaufen
 Obercarsdorf Nr. 34.

Autoschwagen
 Halbverbed, gut gehalten,
 ist zu verkaufen, da überzählig. **Witzsch** Räder,
 Gutsbesitzer, Cannersdorf bei Niederhollwitz.

Schmiedes-Wehring
 sucht unter günstigen Bedingungen.
 E. Helbig, Bödenorf.

Sitz-Badewanne
 zu kaufen gesucht. Off. unter
 H. T. a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Ein Kinderwagen und Sportwagen
 sind billig zu verl. hinterm
 Gutshaus Nr. 10.

Sportwagen
 Gut erhaltener
 billig zu verkaufen.
 Gartenstraße 254 B. II.

Junge Kaninchen
 zu verkaufen
 Altenborger Straße 182.